

3. Dieser Lohnstarif tritt am 12. November 1932 in Kraft und ist erstmalig mit sechswochentlichem Frist zum 30. April 1933, und weiterhin laufend gleichfalls mit sechswochentlichem Frist an jedem Freitag kündbar.
Dr. Braun. Dr. Depène. Dr. Pickert.

Leider war es trotz hartnäckigstem Ringen nur möglich, für die Kreise II, III, IV, VII und VIII eine generelle Lohnhöhung in geringem Ausmaße durchzusetzen. Für die Vororte Köln und Leipzig beträgt die Lohnsteigerung in der Spitze: für männliche Hilfsarbeiter 80 Pf. für Anlegerinnen und Hilfsarbeiterinnen 40 Pf. pro Woche, unter schlüßelmäßiger Auswirkung auf den Kreis. Gleiches gilt für die Stadt Frankfurt, dagegen gelten hier für den Kreis 60 Pf. für männliche und 40 Pf. für weibliche Hilfsarbeiter als Grundlage der Berechnung. Für den Kreis IV mit dem Vorort Stuttgart, ebenso für die Städte München und Nürnberg erhöht sich der Lohn für männliche Hilfsarbeiter in der Spitze um 50 Pf., für Anlegerinnen und Hilfsarbeiterinnen um 25 Pf. pro Woche. Für Berlin wurde die Hälfte der Differenz aus dem Frankfurter Spruch erreicht. Hier beträgt also die Zulage für Hilfsarbeiter 1.- M., für Anlegerinnen 89 Pf. und 75 Pf. für Hilfsarbeiterinnen.

Für Hamburg-Altona beträgt die wöchentliche Zulage für männliche Hilfsarbeiter 60 Pf. in der Spitze und für Einlegerinnen und Hilfsarbeiterinnen 30 Pf. pro Woche. Für den Kreis XII, mit dem Vorort Königsberg,

tritt eine Lohnsenkung in Höhe von 50 Pf. für männliche Hilfsarbeiter und 25 Pf. für Anlegerinnen und Hilfsarbeiterinnen pro Woche ein. Letzteres deshalb, weil dort teilweise Sonderabmachungen erzwungen wurden, die noch unter diesem Stand lagen. Es ist aber dafür die Ziffer 4 des Frankfurter Schiedspruches fortgefallen. Damit sind alle Sonderverträge im Reich aufgehoben. In allen sonstigen Kreisen bleiben die Löhne unverändert bestehen. Hier verlusteten die Unternehmer mit größter Fähigkeit, allerdings ohne Erfolg, Lohnsenkungen durchzusetzen.

Die durch Schiedspruch zustande gekommene neue Lohnregelung ist gewiß recht mager ausgefallen. Man möge aber bedenken, daß in letzter Zeit noch vielfach in anderen Berufen erneute Lohnsenkungen erzwungen wurden und jetzt wieder der Zeitpunkt herangekommen ist, wo um die geringfügigste Verbesserung geradezu fauchisch gerungen werden muß. Mühte doch beispielsweise um 20 Pf. mehr pro Woche, also 80 Pf. statt 60 Pf. für männliche Hilfsarbeiter im Kreise II, Rheinland und Westfalen, sowie für die Stadt Frankfurt, stundenlang gerungen werden, um Zustimmung im Arbeitgeberlager, allerdings gegen den Widerpruch der Unternehmervertreter, zu erreichen.

Diese Verhandlungen haben den Beweis erbracht, daß es zwingend notwendig ist, gewerkschaftlich zu rücken, um das uns in Frankfurt zugefügte Unrecht beim Tarifablauf im April 1933 wieder völlig auszuräumen.

Stimmzettels der entscheidende Nachdruck erst durch den Willen zur Selbsthilfe gegeben werden kann. Es gibt Volksguppen, die zahlenmäßig weit hinter der Arbeiterschaft zurückbleiben, die sich aber trotzdem einen weit größeren Einfluß auf die Staatsführung und die Führung der politischen Parteien errungen haben. Großindustrie, Großgrundbesitz, Banken, Beamte usw. spielen nicht erst seit heute eine weit größere Rolle, und finden weitgehende Berücksichtigung ihrer Wünsche. Die größte Volksguppe in Deutschland, die Arbeiterschaft, fällt demgegenüber weit ab. Neben dem Einfluß, den der Besitzende gegenüber dem Nichtbesitzenden immer haben wird, ist diese Erscheinung doch hauptsächlich dem starken Willen zur Selbsthilfe zuzuschreiben, der in diesen andern Gruppen lebendig ist. Erst durch diese fast reißlos durchgeführte und durchorganisierte Selbsthilfe erhalten diese Gruppen eine wirtschaftliche und politische Macht, mit der jede Staatsführung einfach rechnen muß. Eine Erfahrungstatsache, die übrigens nicht erst seit heute erwiesen, sondern in der Geschichte der Völker schon immer zu beobachten gewesen ist. Daraus die nötigen Schlußfolgerungen zu ziehen, ist Sache der Arbeiterschaft.

Die gewerkschaftliche Selbsthilfe muß also auch in diesen großen, staatspolitischen Aufgaben lebendiger und aktiver werden. Wir begrüßen es deshalb, daß der DGB und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit so erfreulicher Deutlichkeit zur Öffentlichkeit spricht. Wir veröffentlichen die beiden Aufrufe an anderer Stelle. Hoffentlich erkennen auch unsere Mitglieder die Notwendigkeit dieser, wie aller anderen gewerkschaftlichen Arbeiten an und raffen sich dazu auf, den Gedanken der gewerkschaftlichen Selbsthilfe auch in den Köpfen der noch Abseitsstehenden lebendig zu machen. Auch in dieser Richtung ist mehr Initiative und mehr Handeln an Stelle des ewigen Abwägens und Abwartens dringend notwendig.

Der Aufruf unseres Gesamtverbandes wendet sich auch an den Reichspräsidenten. Vor derselben Linie bewegt sich ein Artikel in Nr. 265 des „Deutschen“. Max Habermann schreibt dort u. a.:

„... die Zeiten sind vorbei, in denen durch das Ausrechnen von Mehrheitskombinationen Politik gemacht werden kann. Nachdem die Möglichkeiten des Wählens bis auf die Reize ausgelöst sind, ist die große Stunde Hindenburgs gekommen, eine Reichsregierung zu berufen, die regieren kann, weil sie Autorität ist, nicht, weil sie sich einbildet. Mit diesem Reichstag kann ein wirklicher Führer des Volkes regieren, wenn er die in ihm vorhandenen Kräfte anzusprechen weiß. Für eine kraftvolle, kluge Außenpolitik, die nur Deutschlands Unabhängigkeit und Freiheit zum Ziel hat, gibt es in diesem Reichstag eine Mehrheit. Für ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm, das alle in der deutschen Wirtschaft schlummernden Kreditmöglichkeiten ausnützt, gibt es in diesem Reichstag ebenso wie für die Befriedung des leeren Raumes eine sichere Mehrheit. Erquickung der Jugend und freiwilligen Arbeitsdienst wird dieser Reichstag fördern; er wird eine Wirtschaftspolitik führen, die Binnenmarkt und Weltmarkt so zueinander ordnet, daß daraus die nationale Wirtschaft den größten Nutzen ziehen kann. Für die Rechtspolitik, für die Kulturpolitik und für eine verständige Sozialpolitik bietet der neugewählte Reichstag eine Fülle von Ansatzpunkten zu praktischer Arbeit.“

Wir brauchen aber zu alledem eine Reichsregierung, die nicht darauf ausgeht, den Reichstag zu sprengen, sondern eine, die ihn gewinnen will für aufbauendes Schaffen. Hindenburg muß einen Mann berufen, der das ganze Volk durch seine Taten gewinnen kann. Wenn wir uns auch nicht in dieser Stunde an den öffentlichen Kombinationen über Persönlichkeiten beteiligen wollen, denen jetzt das Amt der politischen Führung zukommt, dürfen wir doch aus unserer Erfahrung sagen, daß Hindenburg heute erprobte Männer findet, die fähig sind, diesen Reichstag zur Arbeit zu führen, ohne in die Dauerkrise der fortgesetzten Reichstagsauflösung schieften zu müssen, die jetzt nur noch dazu dienen würde, die Autorität des Reichspräsidenten abzumucken.“

Der Ruf nach Initiative ist also allgemein. Wir glauben auch, daß alle in Frage kommenden Kreise und Persönlichkeiten aus den Vorgängen der vergangenen Monate soviel gelernt haben, daß jetzt endlich eine befreiende Tat und überlegtes Zusammenarbeiten möglich wird. Der Kurs der Baronsregierung hat dem deutschen Volk soviel Verluste an materiellen und ideellen Werten zugefügt, daß jetzt unbedingt und auf dem schnellsten Wege Schluss damit gemacht werden muß. Man wolle den Willen des Volkes hören und hat versucht, mit allerlei Experimenten, schönen Worten und großen Worten die Entscheidung des Volkes zugunsten dieser Verrentpolitik zu beeinflussen. Die Uuirtung liegt vor. Wenn man trotzdem glaubt, den alten Kurs weiter steuern zu können, so müssen wir dafür sorgen, daß auch in den strengen abgesetzten Kreisen des Herrrentums die Erkenntnis gewacht wird, daß es so nicht mehr weitergeht. Deshalb unser Ruf an die neugewählte Volksvertretung: Handeln, nicht mehr Verhandeln!

Handeln - nicht verhandeln!

Zum fünften Male hatte am 6. November das deutsche Volk innerhalb Jahresfrist zu wählen. Es hat also allerlei Übung und Erfahrung in diesem nicht gerade alltäglichen Geschäft erworben. Welcheicht ist es auf diese Übung zurückzuführen, daß die Wahlbeteiligung bei der jetzt hinter uns liegenden zweiten Reichstagswahl dieses Jahres nicht weniger schwächer war, als bei der vorigen Wahl. Bestimmten Kreisen wird diese Feststellung überraschend gekommen sein. Hatte man doch nicht nur den Eindruck, sondern die fast beweisbare Sicherheit, daß der Regierung sehr nahestehende Kreise eine starke Wahlmüdigkeit und Abgeläpptheit der Parteien erhofft, und zu eigenen Gunsten in Rechnung gestellt hatten. Ebenso wie manch andere Hoffnung der Regierung Papen hatte aber auch diese Rechnung ein Loch. Die Wahlbeteiligung war nur um 5% schwächer wie bei der Zukiwahl. Das politische Interesse und die Einsicht des Durchschnittswählers hat also keineswegs nachgelassen.

Diese noch verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung war vielleicht die größte Überraschung des 6. Novembers. Die Absicht der Papen-Regierung war es, das deutsche Volk wahlmüde zu machen, um nachher entweder behaupten zu können, daß dieses Volk mit dem bisherigen Kurs einverstanden sei — oder aber, daß es überhaupt politisch unreif und unwert sei, Einfluß auf Kurs und Form der Regierung zu nehmen. Ganz entgegen diesen Regierungsmühen entschied das Volk zu 90% gegen Herrn von Papen. Der Gewinn des Erzreaktionärs Hugenberg konnte eigentlich gar nicht geringer sein. Er ist außerdem in seiner Wirkung völlig aufgehoben durch eine Stärkung des Kommunismus. Welcheicht bucht Herr von Papen den Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen als einen Gewinn für sich. Dieser scheinbare Gewinn dürfte aber dann sehr problematisch werden, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß die Zusammenlegung dieser Partei durch das Abwandern der Industriellen und unzufriedenen Spiecher eine wesentlich einheitlichere geworden ist. Die zahlenmäßige Schwächung ist also durchaus nicht mit einer absoluten Schwäche gleichzusetzen. Das Beachtlichste an dem ganzen Wahlausgang ist die in dem starken Anschwellen des Kommunismus und der Strukturänderung des Nationalsozialismus sich ausdrückende, steigende Radikalisierung des deutschen Volkes. Wer sich damit höchst zufrieden erklärt, wie es u. a. in offiziellen Wahlberedungen geschah, ist ein Totengräber der Nation.

Die derzeitige Herrenregierung hat durch ihren Wortführer verkünden lassen, daß sie in dem Wahlausfall eine Bestätigung ihrer Auffassung von „Regieren“ erblicke. Sie hat weiter zu erkennen gegeben, daß sie zum 6. Dezember den Reichstag einuberufen gedenke, und in der Zwischenzeit die Führer der Parteien darüber hören wolle, ob sie bereit sind, sich hinter Herrn von Papen zu stellen. Also ungefähr ein Verhör! Man hört auch in der Regierungspresse die Ansicht, der neue Reichstag sei praktisch arbeitsunfähig. Es wäre deshalb das Beste, das Zusammenreten des Parlaments möglichst weit hinauszuschieben.

Die Entscheidung hierüber, ob der Reichstag arbeitsfähig ist oder nicht, steht aber wohl dieser Körperschaft selbst zu. Dr. Alfons Nobel trifft in der „Augsburger Postzeitung“ den Nagel auf den Kopf, wenn er in einem Artikel u. a. ausführt:

„Berlieren wir uns nicht zu lange und zu sehr in die „Wenn“ und „Aber“ der Wahlisferr. Denken wir vielmehr darüber nach, was jetzt zu geschehen hat.“

Was hat zu geschehen? Der Reichstag muß sofort, aus eigener Initiative, zusammentreten und nicht auf eine wohlwollende Regierung warten, die ihn zusammensetzt. Wir haben gestern Männer gewählt, die uns führen sollen, nicht Männer, die wie Schullinder den Beginn der Schulzeit hinauschieben möchten. Wir Wähler verlangen von unseren Abgeordneten, daß sie das Ansehen des Parlamentes durch Initiative und durch initiale Arbeit wiederherstellen. Denn, machen wir uns nichts vor, der letzte Reichstag hat in dieser Beziehung versagt.

Was soll der Reichstag nach seinem Zusammentritt tun? Sofort an die praktische Arbeit gehen. Die Arbeit leisten, welche die Reichsverfassung von ihm verlangt: Gesetzgebung.“

Dieselbe Initiative müssen ganz selbstverständlich auch wir als Gewerkschaften entfalten. Es komme niemand mit dem Einwand, daß sich die Gewerkschaften, und vor allem wir christliche Gewerkschaften, damit auf ein Gebiet begeben würden, das außerhalb unseres Aufgabensfeldes liegt. Es sei mit aller Deutlichkeit noch einmal gesagt, was an dieser Stelle schon öfters betont wurde: Es liegt uns völlig fern, irgendwelche parteipolitische Gesichtspunkte hervorzuheben. Es liegt uns ebenso fern, für oder gegen irgendeine bestimmte Partei um ihrer Parteipolitik willen zu arbeiten. Aber im Interesse der Arbeiterschaft und des deutschen Volkes müssen wir den Kampf gegenüber der Herrenclique mit aller Entschiedenheit weiterführen. Wer die Arbeiterschaft unterdrückt, wer die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes mißachtet, wer nicht nach göttlichem und menschlichem Recht handelt, wer Lasten ungleichmäßig verteilt, ist ein Feind der Nation. Den Kampf gegen derartige Absichten mit aller Offenheit und mit allem Nachdruck zu führen, ist unsere vaterländische Pflicht. Die christlichen Gewerkschaften werden auch in der Zukunft sich den Mund nicht verbinden lassen, ganz gleich, hinter welchem Namen oder welchen Parteien sich derartige reaktionäre und volksfeindliche Bestrebungen verflechten.

Leider haben die politischen Ereignisse in den letzten Jahren dazu geführt, daß man der Bedeutung des politischen Stimmzettels eine überpichte Bedeutung zumah. Man glaube auch innerhalb der Arbeiterschaft vielfach, daß alles mit Hilfe des Stimmzettels erreichbar sei. Besonders von den radikalen Flügelparteien her übte nichts unversucht, diesen Glauben an die Allmacht des Stimmzettels großzuziehen. Niemand mußte schmerzlichere Enttäuschungen dieses Wunderglaubens erleben, als gerade die Arbeiterschaft. Trotz des — vorläufig noch — „freiesten Wahrsrechtes“ ist die Arbeiterschaft aus der Staatsführung ausgeschaltet und zum Staatsbürger minderen Rechts gemacht worden, und zwar alles in der jüngsten Vergangenheit. Es wäre zwecklos, die Schuld hierfür nur den politischen Parteien zuschieben zu wollen, obschon feststeht, daß man dort vielfach nicht die nötige Initiative und Schwungkraft aufbrachte. Man läßt sich viel zu viel von Erwägungen und Überlegungen leiten, man kommt vor tauen Verhandeln nicht zum notwendigen raschen und entschiedenen Handeln.

Was folgt aber daraus? Eine große Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft hat leider immer noch nicht erkannt, daß der Wirkung des politischen

Ein Aufruf des DGB.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen beweist, daß die gegenwärtige Regierung im Volke keinen Boden gefaßt hat, sondern in ihrer heutigen Zusammensetzung bei dem überwiegenden Teil des deutschen Volkes auf unabweisliche Ablehnung stößt. Ihre einseitige Politik hat die sozialen Verhältnisse verschärft, außenpolitisch hat sie die Stellung Deutschlands wesentlich ver schlechert, durch ihre Handelspolitik hat die Regierung, ohne der Landwirtschaft wesentliche neue Vorteile zu bringen, der Ausfuhrwirtschaft schweren Schaden zugefügt, finanzpolitisch hat sie unklare und gefährliche Verhältnisse herbeigeführt. Eine Fortsetzung der jetzigen Regierungspolitik vermehrt und vertieft die Unruhe und entfesselt immer mehr den hemmungslosen Radikalismus. Die wirtschaftliche Erholung, die als Ziel der Reichsregierung verkündet wurde, wird unter diesen Umständen behindert und die Geltung des Reiches in der Weltpolitik muß bei Fortdauer der innerpolitischen Unruhe immer weiter abnehmen.

Aufgabe des neuen Reichstages wird es sein, die Reichsregierung zu schleunigster Rechenschaftslegung über ihre bisherigen Taten zu veranlassen und eine Klärung ihrer außen-, finanz- und verfassungspolitischen Absichten herbeizuführen. Es ist nicht länger erträglich, daß eine Reichsregierung der Auseinandersetzung über ihre Taten und Absichten immer wieder ausweicht. Wir bejahen den Grundgedanken der Regierungsautorität. Aber es ist nicht eine Förderung, sondern eine Zerstückelung des Autoritätsgedankens, wenn sich eine Regierung unfähig zeigt, mit der Volkswirtschaft zusammenzuarbeiten.

Die neuen Auslegungen des Begriffes Wohlfahrtsstaat, wie sie der Reichstanzler verübt hat, vermögen uns von den unsozialen Taten der Reichsregierung nicht abzulenken. Auf sozialem Gebiet wird immer deutlicher das Ziel der Regierung erkennbar, an Stelle von Rechten sogenannte Wohltaten zu setzen; wir verlangen an Stelle höchst fragwürdiger Wohltaten klare Rechtsansprüche für die Arbeitnehmer. In diesem Zusammenhang erscheint auch die im Rahmen der Preußen-Aktion mit sehr beschränkter Begründung erfolgte Auflösung des Wohlfahrtsministeriums als ein bedenklicher und verurteilenswerter Vorgang, um so mehr als die Beseitigung dieses Amtes von sozialreaktionären Kreisen befallig begrüßt und als die Vorbereitung eines Angriffs auch auf das Reichsarbeitsministerium angesehen wird. Eine verantwortliche Zentralbehörde, die im Rahmen der Gesamtpolitik den sozialen und menschlichen Gesichtspunkt zur Geltung bringt, ist in dieser Krisenzeit notwendiger als jemals.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird einer Reichsregierung, die „Autorität“ jagt und „Selbstherrlichkeit“ meint, stets ablehnend gegenüberstehen. Das deutsche Volk will eine Regierung, die mit fester Hand führt, aber völsverbunden bleibt und Volksrechte achtet.

40 Jahre „Der Typograph“

Ein Jubiläum, das in der Geschichte unserer christlichen Gewerkschaften festgehalten werden muß, wurde in den letzten Tagen in aller Stille bei unseren Freunden, dem Gutenberg-Bund, begangen. Der „Typograph“ vollendete am 4. November sein 40. Lebensjahr. Es ist beachtlich, daß in einer Notzeit wie heute, in der die meisten Organisationen Umfang und Erscheinungsweise ihrer Verbandsorgane beschränken müssen, der Gutenberg-Bund seine gut ausgearbeitete Zeitschrift unverändert herausgeben kann. Eine Leistung, die der Opferwilligkeit der Bundesmitglieder zu verdanken ist, wie mit berechtigtem Stolz auch in der Jubiläumsummer hervorgehoben wird. Wir freuen uns mit unserm Bruderverbande und verbinden mit unserm herzlichsten Glückwünsch die Zuversicht, daß der „Typograph“ immer und jederzeit sein gerütteltes Maß zu der weiteren, erfolgreichen und guten Entwicklung des Gutenberg-Bundes beitragen wird. Das Verbandsorgan hat ja für die Interessensvertretung der Arbeiterschaft sowohl wie für die organisationsfördernde Tätigkeit dieselbe grundlegende Bedeutung. Am deutlichsten zeigt sich dies wohl in dem geschichtlichen Rückblick über den Werdegang des „Typograph“ und der damit ermöglichten Gründung des Gutenberg-Bundes. Wir entnehmen der Jubiläumsummer hierüber folgende, aufschlußreiche Blätter:

Ehe noch der Gutenberg-Bund da war, trat unser „Typograph“ auf den Plan. Er war der Wegbereiter des Gutenberg-Bundes, Wegbereiter einer christlich-nationalen Buchdrucker-Gewerkschaft. Ohne die organisatorische Vorarbeit unseres Geburtsstageskindes wäre die Gründung des Gutenberg-Bundes wohl nicht schon im Jahre 1893 erfolgt. So haben wir also alle Ursache, an diesem geschichtlichen Zeitpunkt uns vor Augen zu führen, was einst war und wie alles wurde, um von neuem zu erkennen, daß der Emanzipationskampf der deutschen Arbeiterschaft nicht das Werk eines Augenblicks sein kann, sondern ein allmählicher Ablauf der Geschichte eines Volkes ist. Diesen Vorgang lebendig zu halten, und ihn mit allen Kräften zu beschleunigen, ist die Aufgabe einer verantwortungsbewußten Gewerkschaftsorganisation.

Wie kam es zur Gründung unserer Bundeszeitschrift? Der Anfang der 90er Jahre brachte für das deutsche Buchdruckergewerbe die trostlosen Nachwirkungen des Reunthundertkampfes. Der Tarifvertrag war zerfallen, die tarifliche Ordnung untergraben. Aus diesem Zustand wollten die Besten des Gewerbes heraus. Jene Besten, die die Grundzüge des Buchdruckerverbandes ablehnten, schlossen sich örtlich in Nichtverbandsgehilfsvereinen zusammen. Ein solcher Zusammenschluß war auch die Typographia in Stuttgart. Aus ihrem Kreise erging die Anregung, zur besseren Führungnahme eine Zeitschrift ins Leben zu rufen. Es bildete sich ein Presseauschuß, um den Plan zu verwirklichen. So ward die Tat: Am 4. November 1892 erschien die erste Ausgabe, wofür Kollege Stamm als Verleger, Kollege Dreierich als

Redakteur zeichnete. Wenn die Stuttgarter Kollegen auch recht bald, schon nach 5 Monaten, den „Typograph“ im Interesse des Ganzen nach Berlin ziehen ließen, es gebührt ihnen das Verdienst, die Initiative für eine Tat ergriffen zu haben, die bis zum heutigen Tage fruchtbar und segensreich fortgewirkt hat. In der Geschichte des Gutenberg-Bundes steht diese Tat an erster Stelle.

Vom 4. November 1892 bis 15. April 1893 erschien unsere Bundeszeitschrift in Stuttgart in dem gleichen Zeitschriftenformat wie heute nach 40 Jahren. Die Erscheinungsweise, wöchentlich eine Ausgabe, hat sich in den vier Jahrzehnten nicht geändert, wenn man von der unglückseligen Inflationszeit des Jahres 1923 absteht, in der einige Ausgaben zusammengelegt werden mußten, weil der Organisation die Mittel zur Drucklegung fehlten. Am 15. April 1893 erschien die erste Ausgabe in Berlin. Als Herausgeber zeichnete der Berliner Buchdrucker-Verein, der jetzige Berliner Ortsverein im Gutenberg-Bund, Redakteur war der heute im Ruhestand lebende Kollege Robert Herrmann, der Mitbegründer unserer Organisation. Der Ortswechsel des „Typograph“ verstärkte die Hoffnung nach einem möglichst baldigen organisatorischen Zusammenschluß der Nichtverbandsgehilfen zu einer selbständigen Organisation. Schon in der Ausgabe 32 des Jahres 1893 erschien der historische Aufruf zu einem Delegiertentag in Erfurt. Dieser Delegiertentag war am 3. und 4. September 1893. Die Nichtverbandsvereine schlossen sich hier zusammen, der Gutenberg-Bund war gegründet.

Die inhaltlich und typographisch muster-gültig gehaltene Jubiläumsummer bringt noch eine Reihe sehr aufschlußreicher Aufsätze der früheren und des jetzigen Redakteurs. So ist diese Nummer zu einem wertvollen, inhaltsreichen Erinnerungsblatt von geschichtlichem Werte geworden. Wir wünschen und hoffen, daß das Organ unserer Freunde bis zum 50. Jahrestag nur über weitere Erfolge und Fortschritte des Bundes und unserer gemeinsamen Arbeit zu berichten hat, und rufen ihm ein herzlich „Vorwärts und Aufwärts“ zu.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Kirchlich-sozialer Kongress. In Stuttgart tagte vom 24. bis 27. Oktober 1932 der soziale Kongress der evangelischen Kirche. Als erster Hauptredner sprach Privatdozent D. Heinz-Dietrich Wendland über den sozialen Gehalt der reformatorischen Verkündigung. Die soziale Haltung muß unter den Anforderungen jeder geschichtlichen Lage neu geformt werden. Sie läßt aber auch keine Stütze vor der jeweiligen sozialen Gestaltungsaufgabe zu. In der gegenwärtigen Lage bedeutet der soziale Gehalt der reformatorischen Verkündigung das Ja zu allen um die Neubegründung von Gemeinschaft kämpfenden Bewegungen, aber das Nein zu ihrer Selbstverabsolutierung und Abschließung, ein Boden jenseits von Kapitalismus und Sozialismus im Kampf um die kommende Wirtschaft und die Grundlage für den Kampf um eine neue berufständische Ordnung. Die Kirche hat also ihre Stellung zwischen den Fronten und sie muß es tragen, wenn man ihr vorwirft, daß sie sich nicht entschlossen dem einen oder anderen „System“ verschreibt. In der Aussprache wurde bemängelt, daß der Redner nicht zu den einzelnen drängenden Fragen der Gegenwart Stellung genommen hatte. Der zweite Hauptvortrag von Professor Dr. Arnold Bergsträsser am folgenden Tage über Volkswirtschaft als Begriff und Gebilde, über die wirtschaftlichen Interessengruppen, die Wirtschaftskrise und die Nationalität ihrer Bedeutung war historisch unterbaut durch Gedankengänge über die nationale Wirtschaft als Begriff und historische Gegebenheit. Trug dieser historische Teil mehr den Charakter einer interessanten Vorlesung, so bot der zweite Teil, in dem die Frage gestellt wurde, ob es sich um eine kapitalistische Wirtschaftskrise oder Krise des Systems handle, im Aufbau und in der Darstellung vorzügliche Behandlung der drängenden Fragen, die heute vor uns stehen. Unter Weglassung aller unwesentlichen und kleinteiligen Dinge wurde Stellung genommen zur Autarkie, zur Planwirtschaft und zur Sieblung. Es wurde aufgezeigt, wie die Forderung der nationalen Sicherheit, die dem Gedanken der Autarkie zugrunde liegt, begrenzt wird durch die weltwirtschaftliche Verflechtung, in der wir uns befinden. Die Aussprache gab dem Redner noch Gelegenheit zu einem formvollendeten Schlusswort, in dem er anknüpfend an Redner aus dem Unternehmer- und Arbeitnehmerlager ausführte, daß die Wirtschaft, die in schlechter Zeit die Hilfe des Staates verlange, sich in guter Zeit seine Kontrolle gefallen lassen müsse. Neben den Vorträgen wurden in Arbeitsgemeinschaften Einzelfragen, die zum Teil auch in den Vorträgen von Bedeutung waren, eingehend beraten, so der Arbeitsdienst, die Sieblung, Frauenberufe und Frauenaufgaben, die Zukunft der Unternehmerfunktion und -verantwortung, die Bedeutung berufständischer Erziehungsarbeit für die christlichen Gemeinden und das Volksleben. Besonders groß war die Teilnahme an der Aussprache über die berufständische Erziehungsarbeit. Ebenso wie auf dem

Die christlichen Gewerkschaften zum 6. November

Das schaffende Volk in Stadt und Land hat am 6. November das Misstrauensvotum des aufgelösten Reichstages gegen das Kabinett Papen bekräftigt. Nur 10 Prozent wählte Herr von Papen trotz Aufbietung des gesamten Propagandaapparates um sich zu sammeln. Das bedeutet das Todesurteil für diese Regierung. Volkswirtschaft und Verfassung laßen ihr nur eine Möglichkeit: Rücktritt zugunsten einer verfassungsgemäßen, völsverbundenen Regierung. Das ist um so notwendiger, da sich diese völsfremde Regierung als Bahnbrecher für den zerstörenden Radikalismus erwiesen hat.

Die christlichen Gewerkschaften mahnen in erster Stunde. Sie nehmen das Recht der Wahrung um so mehr für sich in Anspruch, da sich die Gewerkschaften durch die Disziplinierung und Schulung der Arbeiterschaft als stärkste staats-erhaltende Kraft in der Not der Wirtschaftskrise und Staatskrise erwiesen haben.

Das Kabinett von Papen hat in den 5 Monaten seines „autoritären“ Regierungsversuches den Beweis erbracht, daß seine Regierungsmethode das Werk jahrelanger, staatspolitischer Schulungsarbeit der deutschen Arbeiterbewegung zu zerfallen droht. Die Regierung gibt vor, den Bolschewismus zu bekämpfen. Dabei führt ihr unsoziales Gebaren in Wort und Tat geradezu zum zerkörenden Radikalismus, zum wirtschafts-, staats- und kulturvernichtenden Bolschewismus. Auch dafür ist der 6. November untrügliche Zeichen.

Die christlichen Gewerkschaften wenden sich mit ihrer Wahrung an alle verantwortlichen Parteien und Stände, dem einseitigen Verhalten dieser Regierung einen positiven, arbeitsfähigen Willen zu völs- und staatsgelder Zusammenarbeit entgegenzusetzen.

Sie wenden sich an den Reichspräsidenten, dem nicht zuletzt durch das Vertrauen der gesamten organisierten Arbeiterschaft ein hohes Amt erneut übertragen wurde.

seinerseits die Rechtsicherheit wieder herzustellen und dem sozialen Willen des Volkes kraft seiner Autorität Raum zu geben und damit zugleich Ruhe und Ordnung zu sichern.

Neue Reichstagsauflösung, Verfassungsexperimente, überhaupt jede Bränselung des Volkswillens würden die politischen und sozialen Spannungen vergrößern und den Radikalismus weiter stärken. Sie würden wirtschafts-zerstörend wirken und staatlichen Verfall herbeiführen.

Vom neugewählten Reichstag, als dem souveränen Organ des souveränen deutschen Staatsvolkes, erwarten die christlichen Gewerkschaften, daß er sich im Bewußtsein seiner Stellung und Verantwortung baldigst verammelt. Sie erwarten, daß der Reichstag, seiner Verantwortung und Würde entsprechend, raschestens in Aktion tritt. Sie erwarten, daß er die ihm von der Verfassung für Volk und Reich übertragenen Aufgaben entschlossen aufgreift und durchführt.

Nur durch Zusammenwirken aller berufenen Kräfte werden Recht und Ordnung wieder hergestellt. Nur so wird nationaler und sozialer Aufstieg des deutschen Volkes gewährleistet und Deutschlands Ansehen und Geltung in der Welt erneuert und gesichert.

Am die christlich-nationale Arbeiterschaft ergeht der dringende Ruf, den Vätern der politischen und sozialen Reaktion in letzter Wachsamkeit und mit stärkstem Abwehrwillen zu begegnen.

Stärkt die christlichen Gewerkschaften, die organisierte Macht der deutschen Arbeiterschaft, die Kampftruppe für Freiheit, Recht und sozialen Aufstieg des schaffenden Volkes!

Berlin, den 9. November 1932.

Der Vorstand
des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Kongress kam auch in den meisten Arbeitsgemeinschaften das Ringen um eine neue berufsständische Ordnung zum Ausdruck. Es wurde deutlich, wie insbesondere die Pfarrer, die auf dem Kongress zahlreich vertreten waren, sich mühen, nicht neben dem Kirchenvolk herzugehen, sondern es in seinen Nöten zu verstehen und ihm zu helfen.

Der freiwillige Arbeitsdienst und die christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften haben den freiwilligen Arbeitsdienst nicht zu einer literarischen Angelegenheit gemacht, um so mehr aber haben sie praktisch etwas daran getan. Sie sind dabei den besonderen Bedürfnissen und dem eigenständigen Willen ihrer jungen Mitglieder liebevoll nachgegangen. So erreichten sie einmal, daß eine verhältnismäßig hohe Zahl von Arbeitsdienstwilligen aus ihren eigenen Reihen mittat, und zu zweit, daß das Ziel des Arbeitsdienstes in Arbeitserfolg und Gesamtbildung als mufertätig zu bezeichnen ist. Gegenwärtig dürften von den christlichen Junggewerkschaften 12 000 im freiwilligen Arbeitsdienst sich betätigen in eigenen Maßnahmen und in Verbindung mit Maßnahmen befreundeter Vereine, wobei es manchmal zweckdienlich erschien, die Maßnahmen unter Verantwortung eines eigens zu diesem Zweck gebildeten eingetragenen Vereins laufen zu lassen. Die Arbeitsleistung beträgt durchschnittlich 90 o. h., teilweise sogar 100 o. h. der Leistung der im normalen Tageslohn Beschäftigten. Auch die Haltung ist geradlinig und zukunftsgemüht.

Gerade beim FA. kommt alles auf den Führer an. Überall da, wo der „richtige Kerl“ die Sache anpackt, klappt es. Nirgendwo kann mehr Vertrauen zerklüftet werden, als bei einem falsch aufgezogenen FA. Dagegen bietet der recht verstandene und geleitete Arbeitsdienst große und teilweise noch ungenutzte Möglichkeiten der Erziehung zum gemeinschaftlichen Denken und Handeln, aber auch zur Selbstständigkeit und Eigenhilfe.

Allgemeine Rundschau

Jahresbericht 25 Jahre in Verbandsdiensten. Heinrich Fahrtenbrach, der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, stand am 1. November 25 Jahre im Dienste seines Verbandes. 1907 als Bezirksleiter im Bezirk Wuppertal angestellt, wurde er infolge seiner vorbildlichen Arbeit bald Hauptvorstandsmitglied. 1919 wurde er zweiter und 1922 erster Vorsitzender des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter. Als solcher hat er mit viel Fleiß und bewundernswerter Tatkraft den ihm anvertrauten Verband innerlich festigt und ihm auch nach außen hin Ansehen und Achtung verschafft. Neben seiner umfangreichen Verbandsarbeit fand er auch noch Zeit, die politischen Interessen seiner Mitglieder als Reichstagsabgeordneter wirkungsvoll zu vertreten, ebenso als Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Auch in der Gesamtbewegung nimmt er eine geachtete und einflussreiche Stellung ein. Den Glückwünschen zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum fügen wir auch die unfrigen hinzu in der Hoffnung, daß Heinrich Fahrtenbrach noch recht lange der Bewegung erhalten bleibt.

Ein Jahr schwerer Sorgen und Kämpfe. Das soeben erschienene Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften enthält in seinen einleitenden Gedankengängen u. a. folgende beachtenswerte Sätze: Das Berichtsjahr 1931 war ein Jahr schwerer Sorgen und Kämpfe. Nicht allein die Abwehr der Bestrebungen der immer rücksichtsloser auftretenden Gewerkschaftsgegner, auch die Arbeit und die Sorge um die Wahrung der Interessen der Arbeiterchaft nahm ihre ganze Kraft in Anspruch. Wenn es gelungen ist, allen Anstürmen zum Trotz in einer Zeit größter Arbeitslosigkeit und Not, der Notverordnungen, der Wohnrenten und des Abbaus der Sozialleistungen, der Bewegung in der Form zu halten, wie es geschehen ist, dann ist das ein Zeichen für die innere Kraft und Stärke der Gewerkschaften. Gewiß war es nicht möglich, das Berichtsjahr ohne Verluste zu Ende zu bringen. Wenn man aber bedenkt, daß zeitweilig in einigen Berufen 80 bis 90 Prozent der Mitglieder voll erwerbslos waren, dann offenbart sich in dem Stand der Bewegung am Ende des Berichtsjahres die Verbundenheit der Mitglieder mit den Gewerkschaften. Der Verlust von 80 391 = 10,3 o. h. ist für den, der die ungehörigen Kämpfe und Schwierigkeiten mitgemacht hat, keine Überraschung. Die Einnahmen der Verbände sind infolge der Arbeitslosigkeit, infolge Kurzarbeit und Minderverdienst, ebenfalls stark gesunken. Kurzschichtige und den Gewerkschaften feindlich gesinnte Menschen mögen sich über den Rückgang und die angebliche Schwäche der Gewerkschaften freuen. In Wirklichkeit wird aber die Gewerkschaftsbewegung ihre Lebenskraft immer wieder beweisen. Ihre Stärke liegt nicht zuletzt auch darin, daß vornehmlich der strebsamste, geschulteste und fachlich tüchtigste Teil der Arbeiterchaft bei den Gewerkschaften zu finden ist. Im übrigen haben sich gerade in diesen schweren und aufgewühlten Zeiten die Gewerkschaften in höchstem Maße als staatsertreuendes und wirtschaftsförderndes Element bewährt.

Wer findet das Ohr des Herrn Reichspräsidenten? Der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ entnehmen wir nachstehende Notiz, die ein beachtenswertes Licht auf die Haltung der Regierung wirft. „In weiterer Verfolgung der Gedankengänge des offenen Briefes der Arbeiterpräsidenten an den Herrn Reichszentralrat von Papen hatten die beiden Vorsitzenden des Reichsverbandes der katholischen Arbeitervereine Deutschlands, Dr. D. Müller, Köln und E. Walterbach, München, sowie der Generalsekretär H. J. Schmitt, Berlin, um eine Unterredung beim Herrn Reichspräsidenten nachgesucht. Der Zweck der Aussprache sollte sein, den Herrn Reichspräsidenten über die große Beunruhigung im werktätigen Volke zu unterrichten und auf die daraus entstehenden Gefahren für Staat und Volk hinzuweisen. Die näheren Verhandlungen hatte Generalsekretär Schmitt mit dem Büro des Reichspräsidenten geführt. Staatssekretär Weizsäcker hatte sich bereit erklärt, die gewünschte Aussprache in der Woche vom 31. Oktober oder in der folgenden Woche zu ermöglichen. Er wollte mit dem Reichszentralrat Rücksprache nehmen. Wider Erwarten erhielt die Leitung des Reichsverbandes vom Büro des Herrn Reichspräsidenten die Nachricht, daß es dem Herrn Reichspräsidenten nach Rücksprache mit dem Herrn Reichszentralrat nicht möglich sei, die Vorsitzenden des Reichsverbandes der Arbeitervereine zu empfangen. Wir fragen: Wer hat das Ohr des Herrn Reichspräsidenten? Die Arbeiterpräsidenten vertreten 400 000 katholische Arbeiter, haben mit dem ganzen arbeitenden Volke enge Berührung. Um so weniger ist es zu begreifen, daß man dem Staatsoberhaupt es unmöglich macht, die Stimmung des Volkes zuverlässig kennenzulernen, und zwar aus dem Munde von Männern, die als Seelsorger sich abmühen um das Wohl der ihnen anvertrauten Arbeiterchaft.“

Aus den Ortsgruppen

Dortmund. Ehrer, lebendiger Gewerkschaftsgeist tut heute besonders not. Gerade in der Zeitzeit verliert die natürlichen Gegner der Arbeitnehmerchaft, unterstützt von einer ihnen freundlich gesinnten Regierung, mit allen Mitteln die Rechte der Arbeiterchaft zu beschneiden. Unter der Einwirkung der seit Jahren herrschenden Wirtschaftskrise ist ihnen das zu einem Teile leider gelungen. Immer jedoch waren die Gewerkschaften das stärkste Bollwerk, an dem die reaktionärsten Bestrebungen zerstückelt. Den Organisationen der Arbeiterchaft gelangt ihre Aufgabe am besten, wenn die Mitglieder sich geschlossen hinter ihre Führer stellen und allen schädlichen Einflüssen gegenüber, mögen sie von außen kommen oder in ihrer Mitte auftauchen, die Türen verriegelt hält.

Dieser Geist besetzte die glänzend besuchte Versammlung, die am 5. November die Mitglieder der Ortsgruppen Dortmund, Herne, Bochum und Unna im Vereinshaus St. Joseph hier, vereinte. Kollege Bedder konnte in seiner Eröffnungsansprache neben einer Anzahl neuer Mitglieder auch eine Reihe solcher begrüßen, die gerade nicht zu den eifrigsten Versammlungsbesuchern zählen. Lobhaft begrüßt wurde sein Bericht über eine am 1. Oktober stattgefundene Sitzung der Vorstände des Guttenberg-Bundes und unseres Verbandes. Diese Sitzung diente der engeren Zusammenarbeit der beiden Verbände am Orte. Gemeinsame Versammlungen sollen das Zueinanderberücksichtigung stärken. Ferner findet am 18. November eine gemeinsame Ausstellung beider Jugendgruppen statt, die das sachliche und berufliche Fortbildungsstreben innerhalb der graphischen Verbände unter Beweis stellen soll.

Den Hauptpunkt der Versammlung bildete ein Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Kembüßler, über die stattgefundenen und kommenden Tarifverhandlungen vornehmlich um den Buchdrucker-Hilfsarbeiter-Tarif. Der Redner kritisierte scharf die Bestrebungen der Arbeitgeber, die darauf hinausgingen, dem Unrecht des Frankfurter Awanoschitzkes weitere Unarechtigkeiten in Form neuer Lohnkürzungen hinzuzufügen. Die gesamte graphische Arbeiterchaft werde in schärfster Abwehrhaltung diesen reaktionären Bestrebungen entgegenzutreten wissen. Den Ausführungen des Kollegen Kembüßler schloß sich eine rege Aussprache an. Besonderen Beifall fanden die Worte des Jugendführers, Kollegen Graskamp, der zu unerschütterlicher Treue zum Verbands und seinen Führern aufrief. Dem Kollegen Kembüßler, der an den kommenden Tarifverhandlungen teilnimmt, wurde mit auf den Weg gegeben, mit eigener Energie sich für die Aufhebung des Frankfurter Schiedsspruches und die Einführung des früheren Zustandes einzusetzen. Wir wollen unser Recht haben und werden nötigenfalls dafür zu kämpfen wissen. Die Versammlung begann mit dem gemeinsamen Lied „Wann wir schreien“ und schloß mit dem Schluß- und Truglied unseres Verbandes. H. B.

Ehen. Überfüllt wurde der Saal des Alfredshaus am 29. Oktober, wo sich unsere Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einer Familienfeier eingefunden hatten.

Bei dieser Gelegenheit galt es auch, die 25jährige Mitgliedschaft unseres Kollegen Stemmerich zu feiern. Vorsitzender, Kollege Schlagheck, begrüßte eingangs alle Anwesenden aufs herzlichste. Ganz besonders begrüßte er den Jubilar, Kollegen Stemmerich und seine Frau Gemahlin. Erfreulich war, daß an diesem Abend auch eine Anzahl Gäste unserer Einladung gefolgt waren. Vom Guttenberg-Bund nahm wie immer, Kollege Sweekhorst mit einigen Vorstandsmitgliedern teil. Ferner war Kollege Fischer vom Nahrungsmitarbeiterverband und Kollege Peltens vom Bezirksratel anwesend. Daß zu dieser Feier auch unser Bezirksleiter, Kollege Kembüßler, erschienen war, ist selbstverständlich. Ihm oblag auch die Ehre, die Führung des Jubilars im Namen des Verbandsvorstandes vorzunehmen.

Kollege Kembüßler behandelte in seiner Ansprache auch die gegenwärtige Lage der deutschen Arbeiterchaft. Er zeigte den Anwesenden wie überaus schädlich der gegenwärtige Kurs in Deutschland gegen die Arbeiterchaft eingeleitet ist. Dementsprechend habe die Arbeiterchaft alle Veranlassung, engstens zusammenzutreten und sich von niemandem irren machen zu lassen.

Dem Kollegen Stemmerich wurde die verdiente Ehrung zuteil. Er ist eines der ältesten Mitglieder unserer Ortsgruppe, stand er doch bereits 1904 an der Wiege derselben. In vielen Ehrenämtern wirkte Kollege Stemmerich für die Belange der Arbeiterchaft. Für alle Tätigkeiten und Treue zur Organisation dankte Kollege Kembüßler dem Jubilar herzlich. Als äußeres Angebinde wurde die Silbernadel und das Verbandsdiplom überreicht. Die Ortsgruppe ließ für die Gemahlin des Jubilars einen prächtigen Blumenstrauß, und für den Kollegen Stemmerich selbst ein Kistchen Zigarren überreichen. Den zahlreich anwesenden Jugendlichen wurde der Jubilar als nachahmenswertes Vorbild vorgestellt.

Kollege Stemmerich dankte danach für all die Ehrungen und wünschte, daß die gesamte Arbeiterchaft endlich die Notwendigkeit starker Gewerkschaften einsehen möchte. Nur dadurch könne die Arbeiterchaft vorantommen und den endlichen Sieg davontragen.

Der 2. Teil des Abends war ausgefüllt mit Konzert und Wiedern zur Laute von Fr. Heddi Zander. Auch ein Tanzchen wurde riskiert. Der Abend verlief so in der besten Weise, harmonisch und schön, wie es in unserer Verbandstamilie üblich ist.

Limburg (Cahn). Die jüngste Ortsgruppe unseres Verbandes konnte hier am 28. Oktober gegründet werden. Durch tüchtige, zugereifte jüngere Kollegen wurde der Gedanke unseres Verbandes unter den hiesigen Berufszugehörigen verbreitet. Der Arbeitswille dieser Kollegen bietet Gewähr für baldige weitere Ausbreitung im schönen Landstädtchen Limburg. Zusammen mit dem Guttenberg-Bund, der auch hier Eingang fand, wollen wir für die Idee der christlichen graphischen Berufsorganisation wirken.

Bezirksleiter Kollege Kembüßler, Dortmund, sprach in der Gründungsversammlung über Bedeutung und Aufgaben unserer Bewegung. Mit seinen Ausführungen fand er lebhaften Beifall seitens der Anwesenden. Kollege Kembüßler leitete auch die notwendigen geschäftlichen Angelegenheiten ein. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Emil Frens als Vorsitzender, Hermann Kappeler als Kassierer und Otto Frens als Schriftführer. Die Lokalbeiträge sind auf 5 und 10 Pf. pro Woche festgesetzt. Sämtliche interne Angelegenheiten fanden ebenfalls statt. Erledigung.

Nun ist das Samenorn unseres Verbandes gesät. Es muß wachsen. Wir wollen im Interesse unseres Gewerbes und der darin Beschäftigten sorgen, daß bald aus dem Samenorn ein starker Zweig entsteht am Baume unserer christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung.

Aus den Berufen

Tarifliche Feiertagsbehandlung bei Kurzarbeit. Die vertraglichenden Organisationen des Deutschen Buchdrucker-Tarifs haben vereinbart, daß bezüglich der Feiertagsentschädigung bei Kurzarbeit in der Zukunft und für den 2. Weihnachtstagsfeier die gleiche Regelung gelten soll, die im vorigen Jahr getroffen wurde.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Abrechnungen sandten ein bis zum 14. November 1932: Frankfurt, Fulda, St. Aubeim, Kreuznach, Limburg, Karmen, Ahrbach, Dortmund, Effen, Hagen, Reheim, München, Donaueschingen, Lonsdorf, Nürnberg, Heilbronn, Ludwigshafen, Kottwitz, Berlin, Torgau, Breslau, Sorau. **Geld** landten ein bis zum 14. November 1932: Westau, Hildesheim, St. Aubeim, Donaueschingen, Wankler, Dortmund, Gumbinnen, Dieffen, Mainzburg, Garmisch, Bielefeld, Stuttgart, Torgau, Arnberg, München, Effen, Düsseldorf, Freiburg, Hagen, Fulda, Köln, Ludwigshafen, Frankfurt, Birmensdorf, Bonn, Regensburg. **Mit Erscheinen** dieser Nummer ist der 48. Wochenbeitrag fällig.